

SGB-Chefökonom Daniel Lampart kritisiert EU-Rahmenabkommen

«EU-Vertreter lassen ihre eigenen Bürger hängen»

12.05.2021, 07:43 Uhr

Wie weiter mit dem EU-Rahmenabkommen? «Es ist besser, aus dem Deal auszusteigen», sagt Gewerkschafter Daniel Lampart im Blick-Interview. Die EU wolle den Lohnschutz schwächen, da mache man nicht mit.

 Ruedi Studer



Wie weiter mit den Rahmenabkommen? Das Treffen zwischen Bundespräsident Guy Parmelin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im April...

Schon am Mittwoch dürfte das Rahmenabkommen mit der EU einmal mehr Thema im Bundesrat sein. Offen ist allerdings, ob er bereits eine konkrete Entscheidung über das weitere Vorgehen fällt. Klar ist: Das Abkommen hat weiterhin einen schweren Stand. Widerstand kommt nicht nur von der SVP, sondern auch von den Gewerkschaften. Letztere wollen beim Lohnschutz keine Abstriche hinnehmen, wie Gewerkschaftsbund-Chefökonom Daniel Lampart (52) im Blick-Interview betont.

Blick: Herr Lampart, die Gewerkschaften stellen sich gegen das Rahmenabkommen und politisieren damit an der Bevölkerung vorbei, wie eine **neue Umfrage** zeigt.

Daniel Lampart: Seit Beginn der Verhandlungen haben wir eine klare Position: Die Schweiz muss die Löhne eigenständig schützen können. Ein Abkommen, das den Lohnschutz gefährdet, hat auch in der Bevölkerung keine Chance. Die Leute auf der Baustelle oder in der IT-Branche kennen die Realität und wissen, dass sonst Lohndumping droht. Das Resultat der Umfrage ist ein Bekenntnis zum bilateralen Weg, aber sicher nicht zum vorliegenden Abkommen. Die Leute wollen eine Weiterentwicklung, aber nicht auf Kosten der Arbeitnehmenden.

Die EU hat sich doch offen gezeigt für einen Lohnschutz-Kompromiss. Das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» wird explizit betont. Und trotzdem halten Sie dagegen?

Der deutsche Botschafter in der Schweiz hat es neulich klar gesagt: Die flankierenden Massnahmen seien für die Firmen aus den Nachbarländern «ein Ärgernis». Das Wichtigste für ihn ist der Marktzugang für die Firmen. Der Lohnschutz ist zweitrangig. Auch für den Europäischen Gerichtshof kommt zuerst der Marktzugang. Dadurch gerät der Lohnschutz unter Druck. Das sehen wir in anderen EU-Ländern – beispielsweise in Österreich. Gewissen EU-Vertretern sind beispielsweise unsere umfangreichen

Kontrollen oder die Bussen in den Gesamtarbeitsverträgen ein Dorn im Auge. Damit lassen sie ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger hängen.

Wie meinen Sie das?

Jedes Jahr kommen rund 400'000 Arbeitnehmende aus der EU neu in die Schweiz. Dank dem Lohnschutz erhalten sie einen Schweizer Lohn und sind froh darüber! Die EU-Vertreter müssten doch die Interessen dieser Arbeitnehmenden schützen und ihre Löhne verteidigen. Stattdessen lassen sie diese im Stich und sorgen sie sich um die Unternehmer an der Grenze, die in der Schweiz ihre Dienste anbieten wollen. Sie vertreten ihre Arbeitnehmenden hierzulande schlecht!

Es ist doch nicht falsch, wenn sich die EU für ihre Firmen einsetzt.

Es zeigt eben, was das Ziel ist. Die ausländischen Firmen verlangen einen einfacheren Marktzugang, weil sie hier mehr Geld verdienen wollen. Das geht nur, wenn sie den Lohnschutz einschränken. Marktzugang ist wichtiger als sozialer Schutz. Das ist für alle Gewerkschaften in Europa eine Grossbaustelle. Da machen wir nicht mit!

Es gibt doch auch Punkte, die den Lohnschutz stärken würden – etwa die Teilnahme der Schweiz an der europäischen Arbeitsbehörde.

Das unterstützen wir. Doch diese Arbeitsbehörde hat bei weitem nicht denselben Stellenwert wie der Europäische Gerichtshof.

Der Bundesrat entscheidet wohl diesen oder nächsten Mittwoch über das weitere Vorgehen. Was erhoffen Sie sich?

Der Bundesrat hat in den letzten Jahren dazu gelernt, was machbar ist und was nicht. Wir müssen unseren Lohnschutz eigenständig regeln können! Deshalb ist das vorliegende Abkommen inakzeptabel. Es ist besser, aus dem Deal auszusteigen.

Damit zerrütten wir das Verhältnis zur EU!

Nein, sicher nicht! Der Bundesrat muss der EU mitteilen, dass er das Abkommen nicht abschliessen kann. Verhandlungen können scheitern. Man kann trotzdem weiterhin gut miteinander auskommen. Es braucht jetzt aber Zeit für neue Ideen.



Publiziert: 11.05.2021, 12:38 Uhr Zuletzt aktualisiert: 12.05.2021, 07:43 Uhr



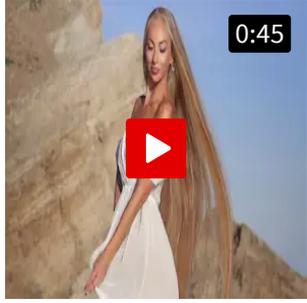
Top Videos



0:45

Rapunzel gibt es wirklich

Sie hat ihre Haare seit 30 Jahren nicht mehr geschnitten



1:04

Nach Autounfall

Mann springt von Brücke, um Mädchen zu retten



0:42

US-Polizist erntet Spott

Dank dieses peinlichen Fehlers kann die Verhaftete flüchten



Empfohlene Artikel

Ringen ums Rahmenabkommen

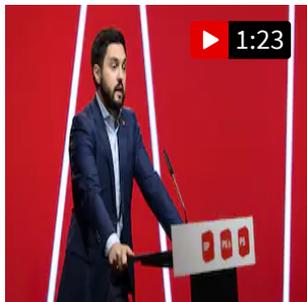
Osteuropäer ärgern sich über die Schweiz



1:23

Njet zum Rahmenabkommen

Europa-Freunde in der SP begehren auf



Parmelin zum Poker in Brüssel

«Verhandeln beinhaltet immer das Risiko eines Scheiterns»





Wüthrich zu Rahmenabkommen

«Schweiz muss rote Linien klar machen»

Alle Kommentare

[Einloggen und einen Kommentar schreiben...](#)

Bruno Heggli

13.05.2021, 15:17 Uhr

Jetzt einfach der EU beitreten, dann brauchts kein Rahmenabkommen, Problem gelöst



Melden

Antworten

tschaggelar marco

12.05.2021, 22:49 Uhr

Da werden von der CS an 2 Tagen 9 Milliarden vernichtet und der Verwaltungsrat wird bestätigt und die Boni im nächsten Jahr erhöht. Etwas läuft in der Schweiz falsch. Der normale Bürger wird verarscht von vorne bis hinten.



Melden

Antworten

Peter Rohner

12.05.2021, 21:19 Uhr

Lohnschutz, das ich nicht lache. Die meisten können ihre Krankenkasse sowie Mietwohnungen nicht mehr bezahlen und alle kaufen bald in D oder über eshops ein. dir Gewerkschaften haben es ab 2000 verpasst die gestiegene Produktion in reallöhne und höhere Renten umzuwandeln und sind mit den Arbeitgebern ins Bett gestiegen. Nun plötzlich Wachen sie auf, da sie nicht mehr soviel zu sagen haben. So oder so der Buezer ist der dumme.



Melden

Antworten

Roger Dupenthaler

12.05.2021, 13:54 Uhr

Wer wie ich jahrelang in Europa auf Montage gewesen ist, der weis was da abgeht. Da ist der Lohnschutz ein Fremdwort. Schon nur die Frechheit zu besitzen 10 € Jops vom Amt anzubieten ist ein Afront. Wann merken die hintersten und letzten, dass es hier um weit mehr geht, als den EU- Arbeiter hier Arbeiten zu lassen? Ein Teil meiner Familie kommt aus dem EU-Raum. Ich weis was da abgeht und die Linken und Grünen sind def eines, noch NIE dagewesen.



Melden

Antworten

Marco Mueller

12.05.2021, 11:15 Uhr

Wenn die Löhne durch "Gastarbeiter" gedrückt werden, müssen auch die Lebenshaltungskosten sinken. In der EU kauft sicher drei mal günstiger ein als in der Schweiz, Mieten sind geringer etc. Schon heute ist es einem Durchschnittsverdiener nicht mehr möglich ein eigenes Haus zu haben, wenn man keinen Boden erbt, weil kaufen zu teuer ist. Was soll dann noch möglich sein, wenn die Löhne sinken? Ich bin nicht bereit zu arbeiten, um "überleben" zu können, sondern arbeiten, um zu "leben" mit einigen Annehmlichkeiten.



Melden

Antworten

[Weitere Kommentare anzeigen](#)

MEISTGELESEN

- 1** Schweizer Heilsversprechen
Zwei Corona-Medikamente stehen kurz vor dem Durchbruch
 - 2** So reich sind die Aktionäre
Der FCB im Kohle-Check!
 - 3** Angriff auf Prinz Charles
Britischer Palast schockiert über Aussagen von Prinz Harry
-